Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1897

280 (30.11.1897) I. Blatt

Visual Library

Ausgabe:
Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich:
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf.
Vorausbezahlung.

Redaktion und Expedition:
Hirschstraße 9.

Telephonanschluß Nr. 401.

Badische Landeszeitung

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr:
Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Lokal-Inserate 15 Pf., für auswärtige Inserate 20 Pf., im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Bemerkungen:
Unbenützt gebliebene Einsendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 280 I. Blatt. Karlsruhe, Dienstag, den 30. November 1897

Die Flottenvorlage.

I.

Wenn die Flottenvorlage (s. u.) im Schoße der Regierung schon seit einiger Zeit fertig gestellt gewesen sein sollte, so verstehen wir eigentlich nicht, weshalb man mit ihrer Veröffentlichung so lange gezögert hat; es hätte damit viel Legendenbildung vermieden werden können, und all' den Schlagworten von den „uferlosen Plänen", dem „Weltmachtskitzel" u. s. w. wäre sehr gründlich der Boden entzogen worden. Allerdings erfordert auch diese Vorlage nicht unerhebliche Opfer, aber dieselben bleiben doch weit von den Uebertreibungen zurück, die man daran geknüpft hatte, und selbst eine übelwollende Opposition wird zugestehen müssen, daß bei der Aufstellung dieser Vorlage weise Mäßigung und das ernste Bestreben obgewaltet hat, die Ansprüche für das Marinewesen mit den sonstigen Lasten des Staatsaufwandes in Einklang zu halten.

Die Marinevorlage stellt sich in einem eigenartigen und für den ersten Augenblick überraschenden Gewande, nämlich als „Gesetz betreffend die deutsche Flotte", dar; an dieses Gewand haben sich die Vorwürfe vom „Marineseptennat" und von der „Bindung des Budgetrechts" ohne nähere Kenntnis und Prüfung der Sachlage angeheftet. Man hat sich zu dieser Form in der Erwägung entschlossen, daß die früheren durch Denkschriften entwickelten Pläne keine bindende Kraft erlangten und sich deshalb sehr bald die auf ihre Ausarbeitung verwendete Arbeit als verlorene Liebesmüh' darstellte, gleichwohl entbehren die vorgenannten Schlagworte der inneren Berechtigung.

Der Gesetzentwurf stellt einen Sollbestand an Linienschiffen, Küstenpanzern, großen und kleinen Kreuzern fest, er bestimmt, welche von den vorhandenen Schiffen auf diesen Sollbestand in Anrechnung zu bringen sind und bis zu welchem Zeitpunkt die übrigen Schiffe fertig gestellt sein sollen. Daß man dabei gerade die Siebenzahl gewählt hat, kann in gewissem Sinne als ein Zufall bezeichnet werden, maßgebend war die Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage, und auf die Notwendigkeit einer gleichmäßigen Inanspruchnahme der Privatindustrie sowie der Staatswerften, und endlich ergab sich die Festlegung gerade dieses Zeitpunktes aus der Möglichkeit, im Verlaufe desselben das für die Verwendung des Sollbestandes an Schiffen erforderliche Personal heranzubilden.

Mit dem Budgetrecht gerät der Gesetzentwurf nicht in Widerspruch. Bei der immer spezielleren Durchbildung unseres gesamten Staatsorganismus wird der Kreis derjenigen Bedürfnisse, deren Feststellung dem freien Ermessen der Volksvertreter unterliegt, immer geringer. Weitaus der größte Teil derselben beruht, wie z. B. die Beamtengehälter, die Unkosten des Justizwesens, die Schuldentilgung oder die Staatsbeiträge zu Instituten aller Art, auf gesetzlicher Grundlage, bei einem andern Teil, wie z. B. beim Unterrichtswesen, dem Bau- und Eisenbahnwesen handelt es sich um Bedürfnisse, die an sich und der Höhe nach ganz außer Frage stehen, und nur der Rest der im eigentlichen Sinne einmaligen Ausgaben gestattet eine Ablehnung oder Verschiebung ohne Schädigung gewichtiger Staatsinteressen. Daß eine gewisse Flottenmacht für ein an die See angrenzendes, Handel und Gewerbe treibendes Volk notwendig und ein Bedürfnis ist, steht auch für die Bewohner des Binnenlandes „außer Frage", wenn daher die Regierung im verfassungsmäßigen Wege das Maß und den Umfang dieser Flottenmacht festzustellen beabsichtigt, so ist dieser Weg zwar neu und vielleicht für die Marineverwaltung unbequemer, als für die Volksvertretung; als unangbar wird ihn aber nur der erachten können, wer es grundsätzlich ablehnt, sich über das Wesen der Sache Klarheit zu verschaffen.

Selbstverständlich ist im übrigen die Sache nicht so gedacht, daß der Reichstag auf Grund der Vorlage ein Pauschquantum für Marinezwecke ohne näheren Nachweis bewilligen soll. Die dem Gesetzentwurf beigegebene Begründung weist zwar im Einzelnen nach, wie der Marineetat sich etwa in den nächsten sieben Jahren gestalten würde, wenn die Fertigstellung der Schiffe und die dazu gehörige Vermehrung des Personalbestands sich planmäßig vollziehen soll, dagegen enthält das Gesetz selbst die Bestimmung, daß die Bewilligung der Mittel für die verschiedenen Zwecke der Flotte der jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushaltsetat unterliegt, und Schranken werden dem Bewilligungsrecht nur durch den Sollbestand selbst, seine bestimmungsmäßige Verwendung, sowie dadurch gezogen, daß für die einzelnen Schiffsklassen gewisse erfahrungsmäßige Dauerzeiten gesetzlich festgestellt werden sollen. Auch diese Feststellung kann Ausnahmen unterliegen, sei es, daß ein Schiff länger sich kriegsbrauchbar und seetüchtig erhalten läßt, sei es, daß es durch einen Unglücksfall oder aus sonstigen Gründen früher verloren geht, in diesen Fällen würde also die Modifikation des Voranschlages ebenso wie bisher der Bewilligung durch Bundesrat und Reichstag zu unterbreiten sein.

Außer dem Sollbestand an Schiffen setzt, wie bemerkt, die Vorlage auch dessen bestimmungsmäßige Verwendung fest; eine gewisse Zahl von Schiffen soll dauernd im Dienst, eine andere mit Schiffsstämmen in Reserve, der Rest als sogenannte Materialreserve in thunlichster Bereitschaft gehalten werden. In allen für uns als mögliche Gegner in Betracht kommenden Marinen besteht das Bestreben, einen möglichst großen Teil der Schlachtflotte in einem solchen Grade von Verwendungsbereitschaft zu erhalten, daß derselbe ohne weiteres in kriegsmäßige Thätigkeit treten kann; der Bereitstellung im Mobilmachungsfalle unterliegen nur die Reserveformationen, auf denen auch, zunächst wenigstens, ausschließlich die eintreffenden Kompletierungsmannschaften zur Einschiffung gelangen. Während eine Formation der Landarmee unbedenklich im Kriegsfalle einen Teil ihres Friedensbestandes abgeben und sich durch Reservisten und Landwehrleute auf den Kriegsetat kompletieren kann, würde dies bei den komplizierten Einrichtungen moderner Kriegsschiffe nicht wohl thunlich sein. Durch die Friedens-Indiensthaltungen soll erreicht werden, daß jedes Schiff der Schlachtflotte über eine Besatzung verfügt, deren Ausbildung die vollkommenste Ausnutzung des Schiffes, seiner Maschinen und seiner Bewaffnung gewährleistet; außerdem sollen der Kommandant und seine Offiziere geübt sein, mit dem Schiff auch im Geschwader unter allen Verhältnissen zu fahren und zu fechten, und endlich müßten der Flottenführer und seine Stellvertreter genügende Erfahrung darin erlangt haben, wie sie die ihnen anvertrauten Schiffe als Ganzes handhaben und mit günstigen Chancen ins Gefecht führen sollen.

Es liegt auf der Hand, daß dieser Grad von Erfahrung nur durch unausgesetzte Uebung erlangt werden kann; um die hierzu erforderliche Organisation als Ganzes, als etwas Dauerndes und Feststehendes gesichert zu wissen, erschien es notwendig, auch das Maß der Indiensthaltungen vor schwankenden Anschauungen zu bewahren, und auch dieses, ebenso wie den Vollbestand der Schiffe, gesetzlich festzulegen.

Gesetzentwurf betr. die deutsche Flotte.

Die Extraausgabe des „Reichsanzeigers" vom Samstag abend, von deren Inhalt wir unsern Lesern schon kurz Mitteilung gemacht haben, bringt nicht den Wortlaut der Flottenvorlage, sondern folgende Darlegungen über Inhalt, Bedeutung und Ziel des Gesetzentwurfs, aus denen hervorgeht, daß die Vorlage ungemein gründlich vorbereitet ist und in einer Sprache und mit Gesichtspunkten begründet wird, die jedem einleuchten müssen, der nicht mit Gewalt die Augen verschließt. Der „Reichsanz." schreibt:

Die zur Zeit vorhandene Kriegsmarine bedarf der Verstärkung, um den erheblich gestiegenen Seeinteressen des Deutschen Reichs im Kriege und Frieden den erforderlichen Schutz zu gewähren. Um für diese Verstärkung eine gesunde Grundlage zu gewinnen, müssen sich die beiden gesetzgebenden Faktoren vor Allem darüber einigen, wie stark die deutsche Flotte werden soll. Zu diesem Zweck ist eine Beschlußfassung des Reichstags über die Sollstärke der Marine nicht zu umgehen. Eine solche ist aber nur zu erzielen, wenn dem Reichstage ein Plan in Form eines Gesetzentwurfs vorgelegt wird. Denn von Plänen, welche die verbündeten Regierungen in Form von Denkschriften vorlegen, nimmt der Reichstag nur Kenntnis.

Nachdem in der Entwickelung der Technik eine gewisse Ruhe eingetreten ist und in allen Marinen im wesentlichen dieselben Schiffstypen vorhanden sind, haben sich die Seemächte in den letzten Jahren hauptsächlich der Durcharbeitung der organisatorischen, taktischen und strategischen Fragen gewidmet. Es sind heute die Anschauungen hierüber so geklärt, daß unbedenklich Stärke und Zusammensetzung der deutschen Kriegsmarine gesetzlich festgelegt werden kann.

In dem von den verbündeten Regierungen aufgestellten Gesetzentwurf wird der Schiffsbestand der deutschen Flotte, abgesehen von Torpedofahrzeugen, Schulschiffen, Spezialschiffen und Kanonenbooten, wie folgt normiert: Verwendungsbereit sollen sein 17 Linienschiffe, 8 Küstenpanzerschiffe, 9 große und 26 kleine Kreuzer; als Materialreserve kommen dazu 2 Linienschiffe, 3 große und 4 kleine Kreuzer. Diese Stärke der Flotte wird von den verbündeten Regierungen als ausreichend, aber auch als unerläßlich bezeichnet, wenn das Reich seine maritimen Aufgaben erfüllen soll. In Anrechnung kommen auf diesen Sollbestand von den am 1. April 1898 vorhandenen und im Bau befindlichen Schiffen als Linienschiffe 12, als Küstenpanzerschiffe 8, als große Kreuzer 10 und als kleine Kreuzer 23. Es sind also an Neubauten noch erforderlich 7 Linienschiffe, 2 große und 7 kleine Kreuzer; die gegenwärtige Zahl der Küstenpanzerschiffe wird für genügend erachtet.

Unzertrennlich von der Aufstellung eines gesetzlich begrenzten Sollbestandes der Flotte ist die Festlegung der Frist, binnen welcher dieser Bestand erreicht werden muß. Es ist dies nur die logische Konsequenz aus der ersteren Thatsache. Würde hier eine Lücke gelassen, so würde die Erreichung des Sollbestandes ganz ins Ungewisse gerückt und damit ein Zustand verlängert, dem man eben durch die gesetzliche Regelung der Dinge ein Ende machen will. In dem Entwurf wird daher folgerichtig verlangt, daß die Mittel für die erforderlichen Neubauten so rechtzeitig in den Reichshaushaltsetat aufzunehmen sind, daß der Sollbestand der Flotte bis zu einem bestimmten Zeitpunkte, nämlich bis zum Schluß des Rechnungsjahres 1904, erreicht wird.

Auf die Dauer kann aber der Sollbestand nur aufrecht erhalten werden, wenn für die nach Ablauf ihrer natürlichen Lebensdauer unbrauchbar gewordenen Schiffe rechtzeitig Ersatzbauten eingestellt werden. Diese Lebensdauer wird von der Marineverwaltung für Linien- und Küstenpanzerschiffe auf 25 Jahre, für große Kreuzer auf 20 und für kleine Kreuzer auf 15 Jahre bemessen. Auch hier fordert der Gesetzentwurf, daß die Mittel für diese zur Erhaltung des Sollbestandes notwendigen regelmäßigen Ersatzbauten rechtzeitig in den Etat aufgenommen werden.

Damit schließlich im Kriegsfalle die Schlachtflotte leisten kann, was man von ihr erwartet, ist ein bestimmtes Maß von Indiensthaltungen während des Friedens und das dazu erforderliche Personal unerläßlich. Von dem Umfange der Indiensthaltungen hängt die zu wählende Organisation der Schlachtflotte ab. Da jede Organisation etwas Dauerndes sein muß, so müssen auch die zur Durchführung derselben nötigen Indiensthaltungen gesetzlich gesichert sein. Zu diesem Zwecke bestimmt die Vorlage, daß die Mittel für die Indiensthaltungen der heimischen Schlachtflotte jährlich bis zu solcher Höhe in den Reichshaushaltsetat einzustellen sind, daß dauernd im Dienst gehalten werden können: erstens zur Bildung von aktiven Formationen 9 Linienschiffe, 2 große und 6 kleine Kreuzer, zweitens als Stammschiffe von Reserveformationen 4 Linienschiffe, 4 Küstenpanzerschiffe, 2 große Kreuzer und 5 kleine Kreuzer, drittens zur Aktivierung einer Reserveformation auf die Dauer von zwei Monaten 2 Linienschiffe oder Küstenpanzerschiffe. Nach Maßgabe des Bedarfs unterliegt der jährlichen Festsetzung durch den Etat die Bereitstellung der für die Indiensthaltung der Torpedofahrzeuge, Auslandsschiffe, Schulschiffe, Spezialschiffe und Kanonenboote erforderlichen Mittel.

Was den Personalbestand betrifft, so sollen nach dem Gesetzentwurf an Deckoffizieren, Unteroffizieren und Gemeinen der Matrosendivisionen, Werftdivisionen und Torpedo-Abteilungen vorhanden sein: 1. ein und einhalbfache Besatzungen für die im Auslande befindlichen Schiffe; 2. volle Besatzung für die zu aktiven Formationen der heimischen Schlachtflotte gehörenden Schiffe, die Hälfte der Torpedofahrzeuge, die Schulschiffe, die Spezialschiffe; 3. Besatzungsstämme für die zu Reserveformationen der heimischen Schlachtflotte gehörigen Schiffe, sowie die zweite Hälfte der Torpedofahrzeuge; 4. der erforderliche Landbedarf; 5. ein Zuschlag von 5 Prozent. Die nach Maßgabe dieser Grundsätze erforderlichen Etatsstärken des Personals dieser verschiedenen Kategorien bleiben der jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushaltsetat vorbehalten.

Bei der Ausarbeitung des Entwurfes sind folgende Erwägungen maßgebend gewesen:

Das bisherige Verfahren, diejenigen ausländischen Stationen, auf denen Deutschland größere Interessen hat, mit kleinen Kreuzern zu besetzen und daneben einige Schiffe mit größerer Gefechtsstärke im Dienste zu behalten, hat sich bewährt. Erforderlich sind zur Wahrnehmung der heutigen Seeinteressen des Reichs im Auslande 3 große Kreuzer (2 in Ostasien, 1 für Mittel- und Südamerika), 10 kleine Kreuzer (3 in Ostasien, 3 in Mittel- und Südamerika, 2 in Ostafrika, 2 in der Südsee), 4 Kanonenboote (2 in Ostasien, 2 in Westafrika) und 1 Stationsschiff in Konstantinopel.

Im laufenden Jahre standen für diese Zwecke nur 2 große und 8 kleine Kreuzer, sowie 2 Kanonenboote und 1 Stationsschiff zur Verfügung und auch dies nur dadurch, daß der heimischen Schlachtflotte die 3 besten der vorhandenen Aufklärungsschiffe entzogen wurden. Um den Auslandsdienst in dem nötigen Umfange zu versehen, ist in der Heimat eine Materialreserve notwendig zum Ersatz für reparaturbedürftige Schiffe. Dazu sind 3 große und 4 kleine Kreuzer erforderlich.

Was den Schutz der vaterländischen Küste und die Verhinderung einer Blockade betrifft, so unterschied schon der Flottengründungsplan von 1873 für diesen Zweck eine lokale und eine bewegliche Verteidigung. Die Mittel zu der lokalen Küstenverteidigung sind in ausreichendem Maße in den Küstenpanzerschiffen und Panzerkanonenbooten vorhanden. Dagegen ist heute die Zahl der kriegsbrauchbaren Linienschiffe von 14, welche bereits 1873 für erforderlich gehalten wurden, auf 7 gesunken. Zwei der vorhandenen Linienschiffe bedürfen einer 1½ Jahre beanspruchenden Reparatur, 3 weitere sind im Bau begriffen. Wenn nun vor fast einem Vierteljahrhundert 14 Linienschiffe als das Mindestmaß erachtet wurden, so ist jetzt, wo sämtliche Nachbarmächte ihre Kriegsflotten wesentlich verstärkt haben und die Seeinteressen des Reichs so erheblich gestiegen sind, eine Vermehrung der verwendungsbereiten Linienschiffe auf 17 wohl keine übertriebene Forderung. Zu der Zahl 17 führt aber auch die weitere Erwägung, daß die eigene Gefechtsformation, wenn sie auch im Kampf mit einer überlegenen Flotte eine Möglichkeit des Erfolges haben soll, so viele Schiffe haben muß, als in einer Formation einheitlich geleitet und zur vollen Ausnutzung gebracht werden können. Dies sind nach eingehender Erprobung der Fachleute 17 Schiffe, eine Flotte aus zwei Geschwadern mit je 8 Schiffen und ein besonderes Flaggschiff für den kommandierenden Admiral. Liegt in dieser taktischen Notwendigkeit die Unmöglichkeit einer Verminderung der Schiffszahl, so enthält sie doch auch ein Hemmnis gegen eine beliebige Vermehrung; denn eine solche Formation ist ein in sich geschlossenes Ganzes. Zur Führung der 16 Schiffe bedarf der kommandierende Admiral ein Flaggschiff, das dem Gefecht nicht fernbleiben kann, also ebenfalls ein Linienschiff sein muß. Damit aber jederzeit 17 Schiffe im Mobilmachungsfall verwendungsbereit zur Verfügung stehen, sind 2 Linienschiffe als Reserve notwendig. Der Mehrbedarf an Linienschiffen gegen die früher planmäßige Zahl 14 beziffert sich also auf 5. Eine Schlachtflotte besteht aber nicht nur aus Linienschiffen, sondern sie bedarf auch noch einer größeren Zahl von Kreuzern als Aufklärungs- und Vorpostenschiffe. Während in England auf jedes Panzerschiff der Schlachtflotte 2, in Frankreich 1 bis 2 Kreuzer kommen, begnügt sich unsere Marineverwaltung für die rangierte Schlachtflotte von 17 Linienschiffen und die Küstenpanzerschiffsdivisionen mit 6 großen und 16 kleinen Kreuzern.

Soll die Festlegung des Sollbestandes der Flotte überhaupt einen Sinn haben, so muß auch, wie schon oben bemerkt, gesetzlich feststehen, bis zu welchem Termin dieses Ziel erreicht werden soll. Es muß eine Sicherheit geschaffen werden, daß diese Flotte auch baldmöglichst gebaut wird; es muß verhütet werden, daß wir aufs Neue Dinge erleben wie die, daß die im Jahre 1873 im Flottengründungsplan geforderten 14 Linienschiffe erst 1894 vollzählig vorhanden waren, und daß infolge Mangels an rechtzeitigen Ersatzbauten trotzdem heute nur 7 kriegsbrauchbare Linienschiffe zur Verfügung stehen.

Was die Vermehrung des Personals betrifft, so besteht kein Zweifel, daß die Erhöhung der Zahl von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften ebenso wie deren Ausbildung ohne besondere Schwierigkeiten durchzuführen ist. Bei einer jährlichen Einstellung von 120 Kadetten und einer Erhöhung des Schiffsjungenetats von 600 auf 1000 Köpfe wird die Personalvermehrung in 7 Jahren erreicht werden.

Es bleibt die Finanzfrage zu betrachten. Hier ist vor allem festzustellen, daß nach Ansicht der verbündeten Regierungen das Flottengesetz ausgeführt werden kann, ohne daß neue Steuern oder eine einmalige große Anleihe erforderlich sind. Es wird vielmehr bestimmt angenommen, daß die Deckung der nötigen Mittel in jedem Jahre auf dem bisherigen budgetmäßigen Wege vollzogen werden kann. In jedem Jahre müssen die nötigen Mittel auf den Etat gebracht und der Beschlußfassung der gesetzgebenden Faktoren unterbreitet werden. Die verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages bleiben somit völlig unberührt. Genau in derselben Weise und in demselben Umfang wie der Reichstag binden sich die Regierungen durch das Flottengesetz. Keineswegs handelt es sich dabei um eine Einrichtung im Sinne des Armee-Septennates, durch welches die Mannschaftsstärke des Heeres für 7 Jahre festgelegt wird, sondern lediglich darum, daß die gesetzgebenden Faktoren darüber Beschluß fassen, wie groß die Marine sein soll, und in welcher Zeit sie beschafft werden kann, damit die darnach erforderlichen Mittel alljährlich verfassungsmäßig veranschlagt und auf den Etat gebracht werden können. Daß in einer Periode des notwendigen Retablissements der Marine erhöhte Aufwendungen unvermeidlich sind, ist selbstverständlich; sie stehen dem Wesen nach aber auf gleichem Boden, wie andere einmalige Forderungen, z. B. für die Neubewaffnung der Artillerie und den Bau des Nordostseekanals, nur daß sie nicht im ganzen, sondern in der Verteilung auf eine Reihe von Jahren verlangt werden.

Die Einzelheiten des Gesamtvoranschlages für das Retablissement der Flotte sind nun folgende: Die Kosten für die sämtlichen Neubauten, einschließlich der Artillerie- und Torpedo-Armierung, werden auf 162,2 Millionen angegeben. Dazu kommen die während dieser Zeit notwendig werdenden Ersatzbauten mit 211 Millionen, die so wie so aufgewendet werden müßten, wenn unsere Marine nicht noch unter den jetzigen Stand sinken soll. Die Restraten der zur Zeit im Bau befindlichen Schiffe belaufen sich auf 63,5 Millionen, 3 Kanonenboote werden auf 4,8 Millionen, 7 Torpedobootsdivisionen auf 41,3 Millionen veranschlagt. Dazu kommen die Mehrkosten der Indiensthaltungen und der Personalvermehrung. Insgesamt sind bisher die fortlaufenden Ausgaben in den letzten 7 Jahren jährlich um etwa 3 Millionen gestiegen, für die kommenden 7 Jahre ist eine durchschnittliche Jahressteigerung um 4 Millionen anzunehmen, also um 1 Million jährlich mehr als bisher. Für die sonstigen, einmaligen Ausgaben (Hafenanlagen, Werften, Befestigungen, Kasernen 2c.) sind jährlich 25 Prozent mehr veranschlagt, als durchschnittlich in den letzten 7 Jahren aufgewendet worden sind. Dadurch kommt man auf rund 9 Millionen pro Jahr. Was aber die Ausgaben für Schiffbau betrifft, so ist zu beachten, daß nach Erreichung des Sollbestandes die Forderungen für Schiffbauten erheblich sinken werden, da nach Ablauf von 7 Jahren Neubauten für Vermehrung der Flotte fortfallen, und nur noch Ersatzbauten zur Erhaltung des Sollbestandes erforderlich sind. Diese zeitliche Begrenzung des Mehraufwandes, der nötig ist, um das Retablissement der Flotte durchzuführen, ergiebt sich aus der gesetzlichen Festlegung des Marineplans.

Die nachstehende Tabelle gewährt einen Ueberblick über die voraussichtliche Höhe des Marineetats in den nächsten 7 Jahren:

Schiffsbauten einschließlich Artillerie und Torpedoarmierung.	Mk.	Sonstige einmalige Ausgaben.	Mk.
1897/98: bewilligt	49,1 Mill.	1897/98 bewilligt	9 Mill.
1898/99 gefordert	51,4 „	1898/99 gefordert	7,7 „
1899/1900 geschätzt	55,5 „	1899/1900 geschätzt	8,7 „
1900/01 „	64,6 „	1900/01 „	8,7 „
1901/02 „	64,3 „	1901/02 „	8,7 „
1902/03 „	62,4 „	1902/03 „	8,7 „
1903/04 „	58,5 „	1903/04 „	8,7 „
1904/05 „	53,6 „	1904/05 „	8,7 „

Fortdauernde Ausgaben	Mk.	Marine-Etat	Mk.
1897/98 bewilligt	59,4 Mill.	1897/98 bewilligt	117,5 Mill.
1898/99 gefordert	62,6 „	1898/99 gefordert	121,7 „
1899/1900 geschätzt	67,4 „	1899/1900 geschätzt	131,7 „
1900/01 „	71,4 „	1900/01 „	144,7 „
1901/02 „	75,4 „	1901/02 „	148,4 „
1902/03 „	79,4 „	1902/03 „	150.5 „
1903/04 „	83,4 „	1903/04 „	150,6 „
1904/05 „	87,4 „	1904/05 „	149,7 „

Unter voller Wahrung der Rechte des Reichstages und ohne neue Steuerquellen in Anspruch zu nehmen, verfolgen die verbündeten Regierungen nicht einen uferlosen Flottenplan, sondern einzig und allein das Ziel, in gemessener Frist eine vaterländische Kriegsmarine von so begrenzter Stärke und Leistungsfähigkeit zu schaffen, daß sie zur wirksamen Vertretung der Seeinteressen des Reiches genügt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Ereignisse in Oesterreich.

Badeni ist entlassen! Endlich, endlich! Vorher aber hat es noch zum äußersten kommen, hat Blut fließen müssen: in Graz sind am Samstag abend bei einem heftigen Zusammenstoß zwischen demonstrierenden Volksmengen und dem zu Hilfe gerufenen Militär 2 Menschen getötet und mehrere verwundet worden. In Wien selbst fanden gestern (Sonntag) noch stürmische Kundgebungen gegen Badeni statt, die ebenfalls zu ernsten Zusammenstößen führten, die sich aber in lebhafte Freudenbezeugungen verwandelten, als die Kunde sich verbreitete, daß der am Samstag abend in Wien eingetroffene Kaiser Franz Joseph sich endlich entschlossen habe, der unhaltbar gewordenen Lage durch die Entlassung des verhaßten Grafen Badeni und seines Ministeriums ein Ende zu machen. Bedeutet schon diese Entlassung einen Sieg der Deutschen, so wird derselbe noch vervollständigt durch die Ernennung eines Deutschen, des Frhrn. v. Gautsch-Frankenthurn zum Ministerpräsidenten. Frhr. v. Gautsch war im Kabinett Taaffe in den Jahren 1885—93 Kultminister; er hat die damalige Schaukelpolitik mitgemacht, insbesondere hat er stets zwischen starken Konzessionen an die Klerikalen und schwachen an die Liberalen hin und her geschwankt, aber die Deutschen werden sich im jetzigen Augenblick in erster Linie des Wortes erinnern, mit dem bei der Budgetberatung im Herbst 1891 der damalige Kultusminister v. Gautsch stürmischen Beifall erntete, des Wortes: „Die Kenntnis der deutschen Sprache gehört in Oesterreich zu den unabweisbaren Notwendigkeiten und ist das einzige Mittel, um das national entwickelte Schulwesen Oesterreichs vor geistiger Vereinsamung zu schützen!“ Wenn der Mann, der in amtlicher Stellung diesen Ausspruch gethan hat, im jetzigen Augenblick mit der Bildung des Kabinetts beauftragt wird, so braucht man weiteres über die Bedeutung dieser Ernennung kaum mehr zu sagen. Ob freilich die früher schon bewiesene diplomatische Geschicklichkeit v. Gautschs ausreichen wird, um den gründlich verfahrenen Karren aus dem Sumpf herauszubringen, ob bei einer etwaigen Aufhebung der Sprachenverordnungen nicht die Tschechen jetzt gewaltsame Opposition treiben werden, das muß die nächste Zukunft lehren. Jedenfalls aber wird schon durch die Beseitigung des die Deutschen aufregenden Namens Badeni zunächst die nötige Ruhe einkehren, die sachliche Erwägungen über die nun einzuschlagenden Wege ermöglichen wird.

Ehe wir den Gang der Ereignisse am Samstag und Sonntag näher darlegen, geben wir noch einiges über die Persönlichkeit des neuen Ministerpräsidenten:

Frhr. Paul Gautsch v. Frankenthurn ist als der Sohn eines Polizeikommissärs i. J. 1851 in Wien geboren; er wurde am Theresianum erzogen und studierte an der Universität in Wien die Rechte. Schon vom Jahr 1874 an war er im Kultministerium thätig, und als der Minister Conrad v. Eyberfeld die wachsenden Ansprüche der Klerikalen nicht mehr zu befriedigen vermochte, wurde Gautsch an seiner Stelle im November 1885 das Unterrichtsministerium übertragen. Gautsch erwies sich als gewandter Parlamentarier und bewährte eine gewisse Geschicklichkeit, sich dem Taaffeschen System anzubequemen und doch sich von Zeit zu Zeit den Anschein eines liberalen Mannes zu geben. Als er 1887 eine Anzahl gering besuchter Mittelschulen, auch einige tschechische, aufhob, wollten ihn die Tschechen bei der Beratung des Unterrichtsbudgets 1888 stürzen. Indes Gautsch beschwichtigte ihren Zorn, indem er einige tschechische, dagegen keine deutschen Mittelschulen herstellte und ein Gesetz gegen die Studentenvereine einbrachte, welches übrigens abgelehnt wurde. Auch dem Drängen der Klerikalen auf Aufhebung des liberalen Schulgesetzes und Unterwerfung der Schule unter die Kirche, wie der Liechtensteinsche Antrag sie verlangte, gab er nach einigem Widerstand insoweit nach, als er im April 1889 dem Herrenhaus ein neues Schulgesetz vorlegte, das aber gar nicht zur Beratung gelangte und später fallen gelassen wurde. Von größerer Bedeutung waren einzelne Verordnungen aus den Jahren 1891 und 1892 zur Verbesserung der Methode des Mittelschulunterrichts und eine Gesetzesvorlage von 1891 über die Regelung des juridischen Studiums zu gunsten der politischen und ökonomischen Wissenschaften. Als Anfang 1893 die Taaffesche Regierung ihr Programm veröffentlichte, welches Gautsch verfaßt hatte, wurde darin den Klerikalen ein administratives Entgegenkommen mit Rücksicht auf die religiösen Gefühle in Aussicht gestellt, was die deutsch-liberale Partei arg verstimmte. In das im November 1893 berufene Koalitionsministerium wurde Gautsch daher nicht aufgenommen, sondern zum Kurator des Theresianums ernannt. — Soviel über den neuen Ministerpräsidenten.

Seit der gewaltthätigen Durchdrückung des berüchtigten Antrags Falkenhayn in der Donnerstagssitzung, der den Bruch der Geschäftsordnung und als nächste Folge die Verletzung der parlamentarischen Rechte mit sich brachte und damit den Bruch der Verfassung durch das Eingreifen der Polizei, haben sich die Ereignisse mit äußerster Schnelligkeit entwickelt. Von der verfassungsmäßig gesicherten Immunität der Abgeordneten war keine Rede mehr, sie wurde von den Organen der Staatsgewalt mit Füßen getreten. Der verfassungstreue Großgrundbesitz, der sich dem wilden Tumult der Obstruktion mit aristokratischer Zurückhaltung bislang ferngehalten hat, veröffentlichte eine Erklärung, worin er den Antrag Falkenhayn als illoyal und geschäftsordnungswidrig bezeichnete. Er protestierte gegen diese Rechtsverletzung, die ohne Beispiel in irgend einem Parlament dastehe. Bei diesem Verfahren müsse jede gesetzliche Schranke ins Wanken geraten. Er protestiert energisch gegen die gesetzwidrige Verwendung der Sicherheitswache im Parlamente und macht für die unabsehbaren Folgen alle die verantwortlich, die an diesem Vorgange mitgewirkt haben.

Diese Erklärung des Großgrundbesitzes, die eine direkte Anklage gegen die Regierungsorgane auf Verfassungsbruch, wenn auch in verhüllter Form, enthält, mußte in den Badenischen Regionen Stutzen und Betroffenheit hervorrufen. Die Bedenklichkeit, die sich in einigen Aeußerungen der Regierungsorgane, wie des am Samstag von uns zitierten „Fremdenblattes“, geltend machte, mußte sich durch derartige feierliche Protestkundgebungen von neuem steigern. Heftige Bestürzung aber erregte es bei der Regierung, wie bei der Rechten, als in der Samstagssitzung, deren Beginn wir bereits am Samstag telegraphisch gemeldet haben, die konservativen Großgrundbesitzer der Linken sich zum erstenmal an dem Aufruhr der Obstruktion thätig beteiligten (siehe unten). Dieses Eintreten der konservativen Elemente in die Obstruktion ist auch darum von besonderer Bedeutung, weil dadurch dem Uebergewicht, das die internationale Sozialdemokratie durch ihren Sturm auf die Präsidententribüne in der Freitagssitzungs innerhalb der Obstruktion zu erlangen drohte, ein Gegengewicht verschafft wurde. Das ganze Deutschtum, mit Ausnahme der Ultramontanen, stand nun in dem leidenschaftlichen Kampfe gegen die polnische Mißwirtschaft von oben her und sorgte durch ihre trotzige Geschlossenheit dafür, daß in diesen Kämpfen den Sozialdemokraten die Rolle nicht zufallen konnte, die vor hundert Jahren die Jakobiner in den Gärungen in Frankreich spielten. Noch am Samstag konnte die nichts weniger als gut deutsch gesinnte „Reichswehr“ darauf hinweisen, daß dem Ansturm der Sozialdemokratie, die sich anschicke, ihr Zerstörungswerk an Staat und Reich zu vollenden, die Barriere der Staatsautorität der kaiserlichen Regierung entgegengestellt werden müsse.

„Diese Autorität wird nicht weichen und kann nicht weichen, weil sie nicht darf, und weil sie die Kraft hat, niemals zu müssen, wenn die Pflicht und das Staatsinteresse Widerstand gebietet. Wenn je ein Tag, so hat der gestrige die Notwendigkeit der kaiserlichen Regierung dauernd erwiesen.“

In der That würde durch die Herrschaft der Sozialdemokratie innerhalb der Obstruktion dem Ministerium Badeni ein Schein von Berechtigung zur Unnachgiebigkeit gegen die Forderungen der Obstruktion gegeben worden sein. Hatten also einerseits die Deutschen dafür zu sorgen, daß die Sozialdemokratie wieder in den Hintergrund gedrängt werde, so entriß das Auftreten des konservativen Großgrundbesitzes dem Ministerium den fadenscheinigen Vorwand, daß man es mit Revolutionären zu thun habe, die mit aller Gewalt zu Boden geschleudert werden müßten.

Auf Kaiser Franz Joseph mochten die Kundgebungen dieser verfassungstreuen Männer nicht minder tiefen Eindruck machen. Er ist am Samstag abend, früher als erwartet, in Wien eingetroffen und empfing sofort Badeni. Als dieser Empfang stattfand, war die sturmbewegte Samstagssitzung vorüber und Wien von stürmischen Straßenkundgebungen erfüllt. Wir tragen darüber den schon am Samstag mitgeteilten telegraphischen Nachrichten noch folgendes nach:

Die oppositionellen Klubs beschlossen am Samstag, gegen die Regierung im Abgeordnetenhause einen Anklage-Antrag wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit einzubringen; es kam jedoch nicht zur Einbringung des Antrags. Als der Präsident Abrahamowitsch den Saal betrat, entstand auf der Linken ein ohrenzerreißender Lärm, an welchem auch ältere Herren und konservative Persönlichkeiten sich bethätigten. Abg. Lecher hatte schon früher den Angestellten, der die elektrischen Glocken zum Zeichen des Beginns der Sitzung bediente, von der Tribüne fortgeschafft mit den Worten: „Jetzt wird noch nicht geläutet! Es ist noch keine Sicherheitswache da!“ Abg Steinwender verjagte eigenhändig den Diener. Mit den stürmischen Zurufen: „Hinaus mit dem Präsidenten! Schuft! Größter Lügner Oesterreichs! Mörder des Parlamentarismus! Züchter von Hochverrätern!“ wurde inzwischen der Präsident Abrahamowitsch überschüttet. Die Christlich-Sozialen beteiligten sich ebenfalls an den Tumulten. Mehrere Abgeordneten hatten Trompeten und Pfeifen mitgebracht, mit denen sie einen ohrenzerreißenden Spektakel machten; dazwischen wurde mit den Fäusten auf die Pulte und die Ministertische getrommelt. Fäuste wurden auch gegen den Präsidenten geballt, die Ministerfauteuils auf die Ministertische gestellt, zusammengeballte Zeitungen, Broschüren und auch ein Tintenfaß gegen den Präsidenten geschleudert. Nach einer Viertelstunde unterbrach der Präsident die Sitzung, ohne eine Ausschließung veranlaßt zu haben. Als sein Abgang mit Beifall begrüßt wird, bleibt der Präsident stehen und schaut eine zeitlang trotzig in den Saal. Beim Weggehen wird Abrahamowitsch auf der Rechten beglückwünscht, von einigen Polen sogar abgeküßt. Im Saale herrscht lebhafte Bewegung; man sieht den Mitgliedern der Rechten und der Regierung die Bestürzung an darüber, daß auch die Konservativen der Linken an den Tumulten sich beteiligten.

Plötzlich erscheint der am Freitag ausgeschlossene Abgeordnete Wolf mit Mantel, Hut und Stock im Saale; die Diener haben ihn trotz der strengsten Kontrolle unbehindert passiren lassen. Er wird auf der Linken der Gegenstand lebhafter Begrüßungen. Das Präsidium verfügt bald die Hinausschaffung Wolfs. Ein Polizeikommissär mit acht Sicherheits-Wachmännern betreten den Saal und gehen auf Wolf zu, um den die Abgeordneten der Linken einen Kordon gezogen haben. Der Kommissär und die Wache dringen auf Wolf ein, der aus Leibeskräften sich wehrt und sich auch unter eine Bank wirft. Die Sicherheits-Wachmänner ziehen Wolf, der wild um sich schlägt, unter der Bank hervor und schleppen ihn wie ein Kalb hinaus. Diese Scene wird auf der Linken mit stürmischen Pfui-Rufen begleitet. Einzelne Wachmänner werden von einigen Abgeordneten beim Arm gepackt. Wolf wurde im Couloir für verhaftet erklärt wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit. Wolf protestierte gegen seine Verhaftung, ebenso auch einige deutschnationale Abgeordneten, was jedoch nichts nützte. Wolf wurde von drei Detektivs in einen Fiaker gebracht und auf die Polizei geführt. Unterwegs rief Wolf: „Volk von Wien, man verhaftet Deine Abgeordneten!“ Auf der Polizeidirektion verweigerte Wolf jede Auskunft, worauf er dem Landesgerichte übergeben wurde. — Eine Polizeikorrespondenz konstatiert gegenüber gegenteiligen Gerüchten, daß Wolf nicht verkleidet und durch einen falschen Bart unkenntlich gemacht, sondern in gewöhnlicher Kleidung, ohne Zuhilfenahme eines falschen Bartes, vormittags durch eine rückwärtige Thür das Abgeordnetenhaus betrat. — Der Präsident Abrahamowitsch verfaßte eine Anzeige an die Staatsanwaltschaft, in welcher Abg. Lecher beschuldigt wird, ein Tintenfaß gegen den Präsidenten geworfen zu haben. Am Mittag erschien der Staatsanwalt im Parlament und konferierte mit dem Justizminister.

Auf Veranlassung Lueggers begaben sich die Obmänner der Linken zum Grafen Badeni, um ihn zu ersuchen, der Unhaltbarkeit der Zustände ein Ende zu machen, da sonst ihm die Verantwortung überlassen bleiben müsse. Gleichzeitig machte Dr. Lueger als Bürgermeister den Grafen Badeni auf die Bedenklichkeit der Stimmung der Bevölkerung in Wien aufmerksam. Graf Badeni erklärte, er nehme die Mitteilungen zur Kenntnis. Er veranlaßte zugleich, daß die Sitzung geschlossen werde. Um halb 1 Uhr erschien der Vizepräsident Kramarz im Saale und proklamierte unter allgemeiner Ruhe den Schluß der Sitzung. Die nächste Sitzung soll auf schriftlichem Wege bekannt gegeben werden. Graf Badeni soll versprochen haben, daß drei Tage keine Sitzung stattfindet.

So standen die Dinge am Samstag mittag im Parlament. Die Tiroler Abgeordneten der katolischen Volkspartei sahen sich veranlaßt, eine Erklärung zu veröffentlichen, daß sie den Antrag Falkenhayn und die Art seiner Behandlung im Hause bedauern. Also auch in einem Teile der deutschen Klerikalen regte sich der Widerspruch gegen das Verfahren der Mehrheit, zu der sie selbst gehören. Abrahamowitsch hat mit den ihm unter Badenis Segen übergebenen Zügeln der parlamentarischen Führung den Parlamentswagen in wildem polnischem Galopp in einen Sumpf hineingejagt. Die aufrührerische Erregung ist unter der polnischen Knute selbst in bisher ruhige Parlamentsgruppen hineingeschleudert worden und aus dem Portal des glänzenden Parlamentspalastes am Franzensring in die Bevölkerung der Reichshauptstadt hinausgetragen worden.

Am Samstag abend fanden nämlich stürmische Straßendemonstrationen statt. Auf der Ringstraße, vom Parlament bis zur Universität, hatte sich eine vieltausendköpfige Menschenmenge angesammelt, die heulte, pfiff und schrie: „Nieder mit Badeni!“ Beim Burgtheater kam es zu einem Straßenkampf mit der Sicherheitswache, die mit blanker Waffe einhieb und zahlreiche Demonstranten verwundete. Unter den Theaterbesuchern entstand eine Panik. Viele flüchteten in das Café Landsmann, das gesperrt wurde. Trotz der polizeilichen Vorsichtsmaßregeln drangen Tausende von Menschen, meist Studenten, unter die sich die Sozialdemokraten gemischt hatten, auf den Judenplatz, wo sie vor dem Ministerpalais Badeni eine gewaltige Katzenmusik brachten. Auch hier gab es blutige Zusammenstöße mit der Wache. Den ersten Anlaß für diese Zusammenstöße soll die Flucht eines wegen Widersetzlichkeit angehaltenen jungen Mannes in die Universität gegeben haben, wobei die nachdringenden Wachleute von den Studenten mit Stockhieben empfangen wurden. Die Polizisten zogen angesichts der Uebermacht den Säbel, ohne den Bereich des akademischen Bodens zu betreten. Sie wurden unter die Thür gedrängt. Gegen einen Wachmann, der, da die Studenten die Thür zudrückten, das Freie nicht gewinnen konnte, kehrte sich die Wut der Studentenschaft. Der Wachmann wurde durch die mit Wucht geöffnete Thür hinausgestoßen. Der Lärm des polternden Oeffnens der Thür veranlaßte das Gerücht, ein Wachmann habe einen Alarmschuß abgegeben. Aus den Fenstern der Universität wurden die Trümmer zerbrochener Thüren, Kasten, Glasscherben, Steine, Spucknäpfe und dergleichen auf die Wachleute herabgeworfen, wodurch mehrere Helme eingedrückt wurden. Bei den wiederholten, in der Umgebung der Universität, sowie der Ringstraße durchgeführten Sprengungen der Ansammlungen wurden zahlreiche Personen verletzt. Die herbeigerufene freiwillige Rettungsgesellschaft hatte jedoch keinen Anlaß, einzuschreiten, da die meisten Verletzten sich entfernt hatten. Mehrere Wachmänner wurden durch Stockhiebe leicht verletzt.

Für gestern, Sonntag, wurden 10 Arbeitermassenversammlungen und ein Demonstrationszug über die Ringstraße zum Parlament geplant.

Die Unruhen blieben aber nicht auf Wien beschränkt; in Graz fanden am Samstag abend ebenfalls große Straßendemonstrationen statt. Eine Badenipuppe wurde an eine Laterne gehängt, durchgeprügelt und sodann verbrannt. Studenten und andere junge Leute durchzogen johlend die Straßen, wurden aber von den Wachleuten zerstreut. Später sammelten sich Arbeiter in der innern Stadt an und schlugen an verschiedenen Gebäuden die Fenster ein. Vier Kompagnien Infanterie und eine Abteilung Dragoner wurden hierauf requiriert. Durch Bajonnetstiche wurden 4 Personen verwundet. Als die Infanterieabteilung mit einem Hagel von Steinen angegriffen wurde, gab sie Feuer, wobei 2 Personen getötet und 2 verwundet wurden. Auch einige Wachleute trugen Verletzungen davon.

Soweit mußte es kommen, ehe in Wien ein entscheidender Schritt gethan wurde! Eine rechtzeitige Zurücknahme der unglückseligen Sprachenverordnungen Badenis, die den Tschechen nicht genug gaben und den Deutschen zu viel ihrer heiligsten Rechte nahmen, hätte all' dieses Unheil abwenden können. Die deutsche Bevölkerung hat sich ja von jeher durch ruhige, staatstreue, monarchische Gesinnung ausgezeichnet und sie hat vor noch nicht gar langer Zeit gegenüber den Maßregeln einer Regierung, die, schon unter den unseligen Versöhnungspraktiken des Grafen Taaffe, mit den Tschechen liebäugelte und die Deutschen mißachtete, eine übergroße Langmut und Gefügigkeit bewiesen. Aber was zu viel ist, ist zu viel: Die hartnäckige, eigensinnige Aufrechterhaltung der Sprachenverordnungen, die brutale Art, mit der eine verhaßte Regierung Gewalt für Recht einsetzte, die wahnsinnige Thorheit von galizischen und armenischen Polen, die von parlamentarischer Zucht und Gerechtigkeit so viel Vorstellung haben, als eben ein Pole von deutscher Art haben kann, — das ist der Quell dieses furchtbar hervorbrechenden Stroms nationaler Leidenschaften. Es war, wenn nicht alles zusammenbrechen sollte, höchste Zeit, daß der Kaiser das erlösende Wort von der Entlassung Badenis sprach! Die Frage ist nun: wie werden sich jetzt die Tschechen in die neue Lage der Dinge finden?

Deutsches Reich.

* Die neueste Nummer des „Kladderadatsch“ ist in Berlin konfisziert worden wegen eines Bildes „Aus dem Lager der himmlischen Heerscharen“. Das Bild nimmt Bezug auf die Rede des Kaisers an die Rekruten, daß wer kein braver Christ sei, auch kein braver Soldat sein und unter keinen Umständen das erfüllen könne, was in der preuß. Armee von einem Soldaten verlangt werde; dem gegenüber verweist das Bild auf Friedrich den Großen und zieht auch die Heerführer Napoleon I., Leonidas und Alexander herein. Der Teufel schickt sich an, „bei einer Superrevision der himmlischen Heerscharen von den schlechten Christen und schlechten Soldaten zu befreien.“

Baden und Nachbarländer.

* **Karlsruhe**, 29. Nov. Der „Bad. Beob.“ und der „Bad. Landesbote“ verbreiteten am Samstag die Nachricht, daß an Stelle des bisherigen Abg. Eglau von Durlach, der sein Mandat aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt hat, die Kandidatur des Herrn Prof. Dr. Goldschmit in Aussicht genommen sei. Da das ultramontane und das demokratische Blatt selbstverständlich die zuverlässigsten Quellen für Nachrichten aus dem liberalen Lager sind, beeilte sich ein gewissenhafter Korrespondent der „Frankf. Ztg.“, die Meldung telegraphisch nach Frankfurt weiter zu geben. Wir sind dem gegenüber in der Lage mitzuteilen, daß erstens das Wahlmännerkollegium in Durlach einen Beschluß bis jetzt noch nicht gefaßt hat, jedenfalls am Samstag noch nicht gefaßt hatte, und zweitens, daß eine Kandidatur Goldschmit für das Durlacher Mandat von keiner Seite jemals in Aussicht genommen war. Aus den Bemerkungen, die von der Oppositionspresse an die aus der Luft gegriffene Behauptung knüpft werden, ist zu erkennen, daß die falsche Nachricht lediglich zu dem Zweck erfunden worden ist, um unter allen Umständen über den Gegner höhnische Glossen machen zu können. Derartige politische Unarten sind leider in Baden nichts Neues mehr.

* **Karlsruhe**, 29. Nov. Das gegen den Pfarrer Baumgärtner und Genossen in Schönenbach eingeleitete Strafverfahren wegen Stimmenkaufs hat bekanntlich mit Freisprechung geendet, aber doch eine Anzahl recht gravierender Verdachtsmomente ergeben. Hierauf führt es die „Allg. Ztg.“ zurück, daß das Gericht den Antrag der Verteidiger, die Kosten auf die Staatskasse zu übernehmen, ablehnte. Es ist übrigens noch ein zweites Strafverfahren wegen des gleichen Vergehens gegen Centrumsmänner einer andern Gemeinde anhängig.

* **Mannheim**, 27. Nov. Um 12½ Uhr vergangene Nacht wurden Herr Kommerzienrat Glaser und seine Ehefrau, welche auf dem Heimweg von Ludwigshafen nach Mannheim begriffen waren, am Brückenaufgang von 4 Stromern überfallen und niedergeschlagen. Glücklicherweise waren alsbald Schutzleute zur Stelle, welche die erste Hilfe leisteten und die Verfolgung der Thäter energisch aufnahmen. Dieselben hatten indeß einen zu großen Vorsprung und verschwanden in der Dammstraße. Doch gelang es, die Namen von dreien zu ermitteln.

△ **Kehl**, 28. Nov. Die Kaiserliche Generaldirektion zu Straßburg hat verfügt, daß die beiden Züge 432 und 433 zwischen Straßburg und Kehl bis auf weiteres fortgeführt werden. Die Kaiserliche Generaldirektion hat sich dadurch den Dank Vieler erworben. — Bei der Submission der Erdarbeiten für den Hafenbau beträgt die Höchstforderung 3 897 790 M.; die niedrigste Forderung der Gebrüder Helfmann aus Frankfurt 2 034 011 M. Der Preisunterschied beträgt 1 363 769 M.

e. **Kehl**, 28. Nov. Der Bau der Lokalbahn Kehl-Ottenheim und Kehl-Straßburg erleidet eine unliebsame Unterbrechung. Der Vorrat an Schienen ist aufgebraucht, der noch fehlende Rest kann von der Firma, einer Gießerei in Württemberg, infolge einer Kesselplatzung, erst in 4 Wochen geliefert werden.

△ **Kehl**, 28. Nov. Bei Kaufmann Mayluff war gestern nacht 2 Uhr ein Ladenbrand ausgebrochen. Durch das rasche Eingreifen der Feuerwehr wurde das Feuer bald gelöscht. Der Schaden ist sehr bedeutend, da fast die ganze Ladeneinrichtung durch Feuer und Wasser zerstört ist. Der Brandschaden ist durch Versicherung gedeckt.

± **Vom Belchen**, 29. Nov. Vom Montag, den 29. d. M., an ist die Wirtschaft im Belchen-Rasthaus für die Dauer der Wintermonate geschlossen.

⊠ **St. Blasien**, 27. Nov. Dem Gemeinderat St. Blasien wurde heute vom Großh. Bezirksamt die hocherfreuliche Eröffnung gemacht, daß S. K. H. der Großherzog mit Allerhöchster Staatsministerial-Entschließung, d. d. Schloß Baden den 5. Nov. 1897, gnädigst auszusprechen geruhte, daß der Gemeinde St. Blasien die Eigenschaft einer Stadt verliehen wurde. Die Bewohner der nunmehrigen Stadt St. Blasien rüsten sich zur festlichen Begehung des so freudigen Ereignisses.

* **Mengen**, 25. Nov. Der Bürgerausschuß genehmigte mit 29 gegen 6 Stimmen den auf die Gemeinde Mengen entfallenden Anteil von 40 000 M. für die Bahn Gottenheim-Rimsingen-Schallstadt-Kirchhofen-Vollschweil. Die übrigen Gemeinden haben ihre Beiträge bereits bewilligt. Das weitere wird jetzt Sache der Regierung bezw. des Landtags sein.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 29. Novbr.

= **Hofbericht.** Am Samstag vormittag wohnte J. K. H. die Großherzogin einem Trauergottesdienst zum Gedächtnis des Todestages S. D. des Fürsten Karl Egon zu Fürstenberg in der

Stadtkirche in Baden-Baden an. Bald nach 12 Uhr trafen die Erbgroßherzoglichen Herrschaften aus Freiburg in Schloß Baden ein. Gegen 2 Uhr verließ J. Gr. H. die Fürstin Marie zu Leiningen die Höchsten Herrschaften, um nach Schloß Waldleiningen zurückzukehren. J. K. H. die Großherzogin begleitete die Fürstin zum Bahnhof. — S. K. H. der Großherzog nahm im Laufe des Vormittags die Meldung des Oberst Crotogino, Kommandeurs des 4. Bad. Inf.-Reg. Prinz Wilhelm Nr. 112, und des Hauptmanns von Otterstedt, Kompagniechefs im 4. Großh. Hess. Inf.-Reg. (Prinz Karl) Nr. 118, bisher Kompagniechef im 4. Bad. Inf.-Reg. Prinz Wilhelm Nr. 112, entgegen. Außerdem empfing S. K. Hoheit den Inspektor Eugen Zeller von der Armenschullehrer- und Armenkinder-Anstalt Beuggen und darnach eine Abordnung der Gemeinde Walldorf.

= **Ueber den Zustand der Kronprinzessin von Schweden** wurden in letzter Zeit da und dort beunruhigende Gerüchte verbreitet. Das Wolffsche Telegraphenbureau meldet jedoch aus Stockholm, 28. Nov., daß diese Gerüchte jeglicher Begründung entbehren.

□ **Personalnachrichten.** Der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Frhr. v. Marschall, ist am Samstag abend 10 Uhr 39 Min. von Konstantinopel hier angekommen und heute vormittag 9 Uhr 49 Min. nach Neuershausen abgereist.

= **Major a. D. v. Porbeck †.** In Lichtenthal bei Baden-Baden starb gestern im Alter von 58 Jahren der ruhmreiche Führer der reitenden Batterie im Feldzug 1870/71. Friedrich v. Porbeck, den für seine ausgezeichneten Dienste vor dem Feinde das eiserne Kreuz erster Klasse schmückte, war ein Sohn unserer Stadt. Sein Name wird bei den alten Feldzugssoldaten, die so oft das Eingreifen der Batterie Porbeck mit Freuden begrüßten, wie im badischen Volke dauernd in Ehren gehalten werden.

= **Die Versteigerung der Glasgemäldesammlung des Grafen W. Douglas** hat am 25. November im Auktionshause von J. M. Heberle in Köln unter lebhaftester Teilnahme aus den Kreisen der Kunstsammler und Museen stattgefunden. Von auswärtigen Museen waren auf der Auktion vertreten Berlin, Zürich, Basel, Nürnberg, Kassel, Karlsruhe, Leipzig, Prag und Magdeburg. Die ganze Sammlung brachte über 200 000 M.; davon entfallen auf die dem Stile des Haus Holbein nahestehenden Scheiben Nr. 1—11 des Katalogs 81 000 M., auf die Serie der 14 Baldungfenster 98 000 M. Unverhältnismäßig hoch wurden die kleinen Schweizerscheiben und Grisaillen mit zusammen 26 000 M. bezahlt. Die Mehrzahl der Glasgemälde aus der ersten Abteilung wurde von dem Historischen Museum der Stadt Basel mit 61 300 M. erworben, darunter das Hauptstück der Sammlung, die Kreuzigungsgruppe nach Hans Holbein mit 30 000 M. Köln hat um 22 000 M. für das städtische Kunstgewerbemuseum das zweite Hauptstück erworben, ein dreiteiliges Fenster mit der Mutter Gottes im Strahlenkranz, mit den Heiligen Johannes und Margareta und den knieenden Figuren der Stifter. Es ist das einzige Glasgemälde der Sammlung, bei welchem die architektonische Umrahmung der Bildfelder noch erhalten ist. (Kataloz Nr. 9—11.) In die Hauptstücke der Glasgemälde nach Hans Baldung Grien teilten sich das königliche Museum von Berlin und Karlsruhe. Berlin erwarb fünf Tafeln zu 38 000 M., darunter den heiligen Georg (Nr. 25), Karlsruhe drei Scheiben für 29 000 M. einschließlich der Mater dolorosa (Nr. 14). Zwei Fenster dieser Serie (Nr. 12 und 15) wurden für das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg für 9700 M. angekauft. Es ist ein erfreuliches Ereignis, daß die monumentalen Glasgemälde fast ausnahmslos in öffentliche Sammlungen übergegangen sind. Vielfach hätte man übrigens erwartet, daß Graf Douglas, der „es nicht nötig hat", die Sammlung dem badischen Lande erhalten hätte.

= **Museumsgesellschaft.** Vor kleinem, meistens aus Damen bestehendem Publikum hielt am Samstag abend im großen Museumssaale Herr Dr. Fr. Kögel aus Jena einen Vortrag über „Die Nachwagnerische Oper." Dem Redner, dessen schwaches Organ, verbunden mit einer raschen Aussprache und der üblen Gewohnheit, die Endsilben teilweise zu verschlucken, leider auch in nächster Nähe nur den geringsten Teil seines in blumenreicher Sprache gehaltenen Vortrages verstehen ließ, ist es unmöglich, an die Nachfolger Wagners große Hoffnungen zu knüpfen. Sämtliche Nachfolger des großen Künstlers, mögen sie nun der Wagnerschen Schule selbst, der philiströs-melodiösen Reaktion oder der Kompromißrichtung angehören, selbst sein bedeutendster Nachfolger, Richard Strauß, verstehen es nicht, wie der Meister dem Grundsatz zu huldigen, daß die Oper ein Drama mit handelnden lebenden Menschen sein müsse. Das Bestimmende sei die Dichtung und aus dieser heraus entwickele sich erst die Musik, welche charakteristisch sein, d. h. den individuellen Ausdruck der Empfindung wiedergeben müsse. Ein gutes Drama steigere die Wirkung der Musik, eine gute Musik sei ohne Dichtung von vornherein verloren. Niemals dürfe sich — und dies zeigt Redner an verschiedenen Beispielen — der Musik die Dichtung anpassen.

E **Der hiesige Gewerbeverein** hat bisher oft zu einfachen Mitteilungen, die als Drucksache durch die Kaiserl. Reichspost an die Vereine des Landesverbandes oder des Gauverbandes oder an Mitglieder befördert werden sollten, Postkarten genommen und darauf das Wort: „Postkarte" durchgestrichen und dann mit 3 Pf. frankiert. Aehnlich haben es bisher zweifellos auch viele Gewerbetreibende und Kaufleute gemacht. Das darf nicht mehr sein, da alle mit der Bezeichnung „Postkarte" versehenen Karten als solche behandelt werden und 5 Pf. Porto kosten. Nach einer vom Juni 1897 datierten Verordnung sind Postkarten, bei denen das Wort „Postkarte" überklebt, durchgestrichen, wegradiert 2c. ist, immerhin als Postkarten zu behandeln, also mit 5 Pf. zu frankieren. Alle Interessenten möchten wir hiermit auf diese Neuerung aufmerksam machen.

= **Gewitter.** Nach der noch empfindlichen Kälte vom Samstag trat gestern leichter, von Wind begleiteter Regen und etwas wärmere Temperatur ein. Heute nacht gegen 3/4 3 Uhr zog ein Gewitter unter Donner und starkem Regen über unsere Stadt.

Stimmen aus dem Publikum.

□ Aus der badischen Landeshauptstadt, 28. Nov. Nach Ihrem Bericht über die Eisenbahnreform-Versammlung im „Deutschen Haus" scheinen ja die Herren Kolb, Kalnbach und ähnliche ganz gewaltige Reden gethan zu haben. Die Herren gehören schwerlich zu den Millionären, obwohl sie von den 29 „Millionchen", die der badische Staat für Eisenbahnbauten zu verwenden beabsichtigt, so über die Achsel weg sprechen. Es ist bezeichnend für den Zustand, in den wir jetzt schon geraten sind, daß solche Persönlichkeiten im Handumdrehen Resolutionen fassen, durch welche dem badischen Staat Ausgaben von ungezählten Millionen angesonnen werden. Der Einsender arbeitet auch schon lange an seiner ersten Million und die Summe kommt ihm immer ungeheurer vor; vielleicht ist dies die Ursache, daß er von Millionen nicht so wegwerfend denkt. Es ist ein bißchen sonderbar, daß nach der Meinung der Herren Sozialdemokraten die einen blos Kosten zu dekretieren haben, auch wenn sie nichts dazu beisteuern können, und die andern blos zahlen dürfen, aber von der Vertretung weggedrängt werden. Ist das vielleicht ein Vorgeschmäckchen des seligmachenden Zukunftsstaates? Wir danken!

Amtliche Nachrichten.

* S. K. H. der Großherzog hat unter dem 19. November d. J. dem Postmeister Otto Rüble in Stockach, unter Ernennung desselben zum Postdirektor, die Vorsteherstelle bei dem Postamte in Kehl übertragen.

* S. K. H. der Großherzog hat unterm 19. November d. J. den Bezirkstierarzt Veterinärrat Heinrich Berner in Pforzheim auf sein Ansuchen unter Anerkennung seiner treugeleisteten Dienste wegen leidender Gesundheit auf 1. Januar 1898 in den Ruhestand versetzt.

* Mit Entschließung Großh. Ministeriums des Innern vom 28. November 1897 wurde der provisorische Bezirkstierarzt Alfred Einwächter in Neustadt etatsmäßig angestellt.

* Durch Entschließung Großh. Oberschulrats vom 15. November l. J. wurde dem Realschulkandidaten und Hauptlehrer an der Mädchenbürgerschule in Freiburg, Benedikt Müller, die etatsmäßige Amtsstelle eines Reallehrers an dem Realprogymnasium in Mosbach übertragen.

Rechtspflege.

* **Gießen,** 27. Nov. Im Prozeß gegen Graf Alt-Leiningen-Westerburg wegen Ehebruchs erklärte sich das Gericht dem Grafen gegenüber für unzuständig. Dessen Schwägerin, die Gräfin Margarethe von Alt-Leiningen-Westerburg wurde zu einem Monat Gefängnis und Frau Häsemann zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Anklagebehörde wird Revision beim Reichsgericht erheben. (Es handelt sich in diesem Prozeß um die gegen den Grafen Leiningen erhobene Anklage des Ehebruchs mit seiner Schwägerin, mit einer Kammerjungfer und mit einer Lohndienersfrau. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Als zuständiges Gericht für den Grafen, der Standesherr ist, soll der Standesgerichtshof zu gelten haben.)

Kleine Mitteilungen.

* Cardiffi, 29. Nov. Heute ist hier die Nachricht von dem Untergang des Cardiffer Dampfers „Laboreur" eingetroffen. Der Dampfer ist bei Lundy von einem großen Segelschiff überrannt worden. Ein Rettungsboot mit 12 Mann ist von einem norwegischen Schoner hier eingebracht worden. Ein anderes Rettungsboot mit dem Kapitän, dem zweiten Steuermann und 3 Matrosen wird vermißt.

Handel und Verkehr.

* Karlsruhe. (Schlacht- und Viehhof.) In vergangener Woche vom 22. Nov. bis 27. Nov. wurden im hiesigen Schlachthof geschlachtet: 221 Stück Großvieh, u. zw. 27 Ochsen, 89 Rinder, 75 Kühe, 30 Farren, 377 Kälber, 595 Schweine, 34 Hämmel, 3 Ziegen, — Ferkel, — Kitzlein, 4 Pferde. 14953 Kilo Fleisch wurden außerdem von auswärts eingeführt und der Beschau unterstellt. Zum Markte waren aufgetrieben: 2 Ochsen, 45 Rinder, 56 Kühe, 24 Farren, 563 Schweine, — Ziege, 323 Kälber, 9 Hämmel. Kaufpreis der Ochsen: 67—69 Mark, der Rinder 59—63 M., der Kühe 38—48, der Farren 52—58 M., der Schweine 66—70, für 50 Kilo Schlachtgewicht, der Kälber 38—46 M. für 50 Kilo Lebendgewicht, der Hämmel 52—54, der Kitzlein —.—, der Ziege —.— M. für 50 Kilo Schlachtgewicht. Tendenz des Marktes langsam.

* Durlach, 27. Nov. Hafer a. —.—, n. 15.—, Gerste —.—, 1/2 Kilo Erbsen 17 Pf., Linsen 24, Bohnen 16 Pf., 900 Gr. Halbweißbrot 39 Pf. 1400 Gr. Schwarzbrot 39 Pf., 1400 Gr. Kornbrot 39 Pf. 1/2 Kilo Ochsenfleisch 70 Pf., Rindfleisch 66 Pf., Schweinefleisch 76 Pf. Hammelfleisch 66, Kalbfleisch 70, geräuch. Schweinefleisch 1.—, geräuch. Speck 1.20, Schweineschmalz 90, 1/2 Kilo Butter 105 Pf., 10 Eier 65 Pf., 20 Liter Kartoffeln —.80, 50 Kilo Heu 2.50, Roggenstroh 2.—, Dinkelstroh 1.80.

O Mannheim, 26. Novbr. (Mannheimer Getreidewochenbericht.) Infolge der eingetretenen kälteren Witterung und unverändert hohem Kurse von Amerika zeigt sich diese Woche seitens des Konsums bessere Kauflust, so daß ein ziemlich lebhaftes Geschäft stattfand, namentlich nach Frankreich, welches Land unsre einheimischen Weizen mit Vorliebe aufnimmt, kamen größere Abschlüsse zu Stande. Das Angebot von Argentinien, das vor Kurzem begonnen, ist am Schlusse unserer Berichtswoche schwächer, und die wenigen Offerten, die vorliegen, sind 4—5 Mark teurer als Anfangs der Woche; die Ernteberichte von da lauten immer divergirend. Wir notieren am Schlusse der Woche: Weizen Red Winter Nr. 2 M. 174, Northern Spring Nr. 1 M. 173, Nikolajeff M. 156—180, Krim M. 156—180, Laplata M. 162, Saxonska alter M. 165—170, Saxonska neuer M. 170—175, Kansas II. M. 169.—. Roggen, russischer, 9 10/15 M. 110—111, Hafer, russischer, M. 110—130, amerikanischer M. 110—112, Gerste, russische Futtergerste M. 82—92. Mais Mixed M. 75.— per Tonne auf Rotterdam.

Drahtberichte.

w **New-York,** 29. Nov. Wie der „Frankf. Ztg." von hier gemeldet wird, hat Kaiser Wilhelm die Yacht „Yamba" hier angekauft.

Die Vorgänge in Oesterreich und die Entlassung Badenis.

T **Wien,** 28. Nov. (Mittags 1 Uhr 10 Min.) Vor dem Reichsratsgebäude fanden im Laufe des Vormittags unausgesetzt Demonstrationen statt. An 50 000 Menschen füllen die Ringstraße von der Universität bis zum äußern Thor der Hofburg. Zuerst griff die berittene Sicherheitswache mit blanker Waffe ein, und, als diese nichts ausrichten konnte, traten Husaren in Thätigkeit und säuberten in scharfer Attake mit blanker Waffe die Straße. Es fanden zahlreiche Verwundungen statt. Die Rettungsgesellschaft entsandte 2 Ambulanzen. Vor dem Landesgericht für Strafsachen demonstrierte eine sich auf etwa 10000 Mann belaufende Volksmenge zu gunsten des Abg. Wolf. Berittene Sicherheitswachen zersprengten die Menge mit blanker Klinge. 3 Personen sollen schwer verletzt worden sein, eine derselben soll mit gespaltenem Schädel in einem Kaffeehaus liegen. Die Rettungsgesellschaft hat eine dritte Ambulanz entsandt.

w. **Wien,** 28. Nov. 3 Uhr 20 Min nachm. Die Arbeiterversammlungen, welche heute vormittag in allen Bezirken abgehalten wurden, wurden zumeist aufgelöst, da es in ihnen zu Kundgebungen gegen die Regierung kam. Die Arbeiter zogen dann meistentheils vor das Parlament und veranstalteten Kundgebungen, wurden aber von der Sicherheitswache und Militär zerstreut. Vor dem Rathause und dem Landesgericht mußte die Wache gleichfalls von den Waffen Gebrauch machen. Einige Personen wurden verletzt, 11 verhaftet. Gegenwärtig herrscht Ruhe.

w **Wien,** 28. Nov. Ein Handschreiben des Kaisers Franz Joseph an den Ministerpräsidenten Grafen Badeni vom heutigen Tage verfügt die **Vertagung des Reichsrats bis auf Weiteres.**

w **Wien, 28. Nov. Der Kaiser nahm die vom Ministerpräsidenten Grafen Badeni unterbreitete Demission des Gesamtkabinetts an und betraute den bisherigen Unterrichtsminister Freiherrn Gautsch v. Frankenthurn mit der Neubildung des Kabinetts.**

w **Wien,** 28. Nov. nachmittags 6 Uhr 40 Min. Tausende von Menschen erfüllten heute nachmittag den Franzensring und den Rathauspark. Die Menge veranstaltete stürmische Kundgebungen gegen den Grafen Badeni. Die Passagiere auf den Pferdebahnen und Omnibussen stimmten in die Rufe mit ein. — Plötzlich trat Stille ein. Es verbreitete sich das Gerücht von der Demission Badenis. Wachinspektoren und Wachleute erklärten, sie seien beauftragt, mitzuteilen, daß Graf Badeni demissioniert hätte. Bürgermeister Dr. Lueger verkündete es nachmittags aus dem Wagen als er durch die Menschenmassen fuhr, und wiederholte es sodann aus einem Fenster des Rathauses, indem er noch hinzufügte, daß der frühere Unterrichtsminister Freiherr Gautsch v. Frankenthurn mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt sei.

w **Wien,** 29. Nov. Nach Bekanntgabe der Entlassung Badenis fanden nur noch unbedeutende Demonstrationen auf dem Judenplatz statt. Der Abend verlief ruhig. Sonstige Kundgebungen gegen Badeni und die Parlamentsmehrheit fanden in Brünn und Klagenfurt statt. — In Graz wurde auf die Nachricht von der Demission des Kabinetts illuminiert. — Frhr. v. Gautsch hat bereits die Verhandlungen zur Bildung des Kabinetts aufgenommen. Wie es heißt, würde er schon in den nächsten Tagen mit den Führern der Deutschen und Tschechen wegen Abänderung der Sprachenverordnungen in Verhandlungen treten.

w **Wien,** 29. Nov. Wie verlautet, wurde die Demission des Kabinetts gestern nachmittag 2 Uhr in der Sitzung des Ministerrates beschlossen. Der Kaiser empfing am Nachmittag Graf Badeni, Baron Banffy, Graf Woldersheimb und Baron v. Gautsch. Eine Extraausgabe der „Wiener Ztg." gab am nachmittag den Kabinettswechsel kund. — Eine Kundgebung des Rektors teilte den Studenten die Schließung der Universität für morgen und übermorgen mit und warnt vor Ausschreitungen unter Androhung der dauernden Schließung der Universität.

w **Wien,** 29. Nov. Der Abg. Wolf wurde gestern abend aus der Untersuchungshaft entlassen und unter stürmischen Ovationen der Menschenmassen heimgeleitet.

w **Wien,** 29. Nov. Bei den gestrigen Demonstrationen wurden 12 Personen verhaftet. Zwei Wachleute wurden durch Steinwürfe, ein Demonstrant durch einen Säbelhieb verletzt. Am abend versuchte eine Menge von 3000 Menschen eine Kundgebung vor dem Ministerium des Innern. Der Platz wurde jedoch abgesperrt. Um 8 Uhr abends war alles ruhig.

w **Wien,** 28. Nov. Die „Reichswehr" meldet aus Kreisen der katholischen Volkspartei: Die Erklärungen der Abgg. Di Pauli und Zallinger gegen die beschlossene Abänderung der Geschäftsordnung gelten gleichbedeutend mit dem Austritt der Tiroler Gruppe aus der katholischen Volkspartei und der Majorität.

w **Graz,** 28. Nov. Bei den gestern abend stattgehabten Kundgebungen sind 2 Zivilisten getötet und 2 andere schwer verwundet worden. Um 10 1/2 Uhr fanden auf dem Hauptplatze neue Kundgebungen statt. Das Militär schritt mit dem Bajonette ein.

w **Graz,** 28. Nov. Die gestrigen Ansammlungen dauerten bis zur späten Abendstunde fort. Militär säuberte die Straßen. Um Mitternacht war die Stadt ruhig, jedoch noch militärisch besetzt.

w **Graz,** 29. Nov. Gestern nachmittag wurden die Hauptplätze der Stadt von Militär besetzt. Der Bürgermeister hielt eine Ansprache an die Menge, die die Volkshymne sang.

w **Graz,** 29. Nov. Die Ruhe wurde im Laufe des gestrigen Tages nicht mehr gestört. Das Militär zog um 9 1/2 Uhr abends ab.

w **Prag,** 28. Nov. Anläßlich der gestrigen Ankunft einiger oppositioneller Abgeordneten aus Wien sammelte sich eine größere Menge, zumeist Studenten und Arbeiter an, und zog, von der Wache zerstreut, in die Stadt. Auf dem Wenzelsplatze wurden die Wachleute mit Steinen beworfen, aus welchem Grunde sie blank zogen und die Menge zerstreuten. 2 Personen wurden verhaftet.

w **Prag,** 29. Nov. Die Teilnehmer an einer gestrigen Arbeiterversammlung versuchten eine Demonstration, wurden jedoch zerstreut. 1 Arbeiter wurde verhaftet.

* **Eger,** 27. Nov. Seit 8 Uhr abends ist die Stadt der Schauplatz großer Demonstrationen. Tausende von Menschen durchziehen die Stadt, fast die ganze Bevölkerung ist auf den Füßen. An der Kundgebung beteiligen sich Nationale und Sozialisten, letztere zerstreuten sich jedoch bald. Vor der Bezirkshauptmannschaft gab es stürmische Rufe. Es wurden auch die „Wacht am Rhein" und das Bismarck-Lied gesungen. Der Bürgermeister und der Polizeikommissär bemühten sich, die Menge zu zerstreuen. Ausschreitungen sind bisher (halb 10 Uhr abends) nicht vorgekommen. — 10 Uhr abends. Die Demonstration erreichte Dank den Bemühungen des Bürgermeisters und der Wache vor 10 Uhr ihr Ende. Das in Bereitschaft gehaltene Militär fand keinen Anlaß zum Einschreiten.

w **Asch,** 28. Nov. Gestern abend durchzogen etwa 1000 Deutsch-Nationale und Sozialdemokraten singend und lärmend die Stadt. Einige Fenster des Amtsgebäudes sowie mehrerer, von tschechischen Beamten bewohnten Privathäuser wurden eingeworfen.

Zur Sache Dreyfus.

* **Paris,** 28. Nov. Die Regierung wünscht die Angelegenheit Dreyfus möglichst schnell zu erledigen. General Pellieux wird seinen Bericht wahrscheinlich am Dienstag General Saussier zustellen, der darüber Beschluß fassen wird. Aber es ist möglich, daß dieser Beschluß nicht dazu führen wird, daß der Prozeß Dreyfus wieder aufgenommen wird. Man soll in der That meinen, feststellen zu können, daß bestimmte Schriftstücke, von denen noch nicht die Rede war, dem Dreyfus im Augenblicke des Prozesses unterbreitet wurden. Es wird angeordnet werden, auf einen Geheimagenten zu fahnden, auf dessen verdächtiges Verständnis mit auswärtigen Mächten man aufmerksam geworden sei. Bei seiner Verfolgung seien äußerst kompromittierende Thatsachen festgestellt worden. — Ein Abendblatt fügt hinzu, es könne versichern, daß der Kriegsminister dem Minister des Aeußeren von allen mit Scheurer-Kestner ausgetauschten Mitteilungen Kenntnis gegeben hat. Keines von den umlaufenden Gerüchten über eine Verhaftung bestätigt sich. — Gegenüber den Meldungen gewisser Blätter stellt die „Agence Havas" fest, daß die Untersuchung in der Dreyfus-Angelegenheit fortschreitet. Es werde eine baldige Lösung der Frage erwartet, bisher sei indessen noch keine Entscheidung getroffen.

* **Paris,** 28. Nov. Dem „Figaro" zufolge ließ General Pellieux gestern einen Briefwechsel des Majors Esterhazy mit dritten Personen mit Beschlag belegen. In demselben ergeht sich der Major Esterhazy in Beschimpfungen und kräftigen Angriffen gegen die Führer der französischen Armee, sowie gegen diese selbst. Der „Figaro" bezeichnet die Schriftstücke als ganz erstaunlich.

Zu den Wirren im Orient.

w **Konstantinopel,** 28. Nov. Infolge der Lage in Ipek und Djakowo (Albanien) sind neue Truppensendungen beschlossen worden. — Die von hier abgegangene Kommission ist beauftragt worden, das Haupt der Bey-Partei Rica zu einer Reise nach Konstantinopel zu bewegen.

w **Athen,** 28. Nov. Die zur Untersuchung der Vorgänge im Kriege gebildete Kommission, die unter dem Vorsitz des Generals Mauromichalis tagt, hat einem Artillerie-Major, der zum Generalstab des Kronprinzen gehörte, den Abschied erteilt und verschiedene andere Offiziere, welche der Pflichtverletzung beschuldigt werden, dem Disciplinar-Gerichte zur Aburteilung überwiesen.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
Otto Reuß;
verantwortlich für den Anzeigenteil: Ludwig Lorbach,
beide in Karlsruhe.

Eine elegant sitzende Taille kann nur durch Pegan's neueste Patent-Taillen-Verschlüsse erzielt werden, welche in allen Posamenten- und Kurzwaaren-Geschäften zu kaufen sind.

Spielplan des Stadttheaters Straßburg i. E.

Montag 29. Nov.: Zum ersten Male: **Die Königskinder.** Anfang 7 1/2 Uhr.
Dienstag, 30. Nov.: **Mignon.** Anfang 7 1/2 Uhr.
Donnerstag, 2. Dez. Neu einstudiert: **Tristan und Isolde.** Anfang 8 Uhr.
Freitag, 3. Dez. **Le Demi-Monde.** Anfang 7 1/2 Uhr.
Samstag, 4. Dez. **Madame Sans-Gêne.** Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag, 5. Dez. **Großstadtluft.** Anfang 3 Uhr. — **Tannhäuser.** Anfang 7 Uhr.
Montag, 6. Dez. Klassische Vorstellungen. **Iphigenie auf Tauris.** Anfang 7 1/2 Uhr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

en gros. **Alfred Blum** en détail.

Karlsruhe i./B., Kreuzstrasse 3 (Ecke Zirkel).

Telephon 417. **Special-Geschäft** Telephon 417.

in Teppichen, Möbelstoffen, Gardinen, Portièren, Gobelins, Linoleum. 6261.4.1

Todesanzeige.

Heute Nachmittag 1/2 3 Uhr verschied sanft nach langjährigem schweren Leiden unser innigst geliebter Gatte, Vater, Grossvater, Schwiegervater, Bruder, Onkel und Schwager,

Friedrich von Porbeck,

Grossherzoglicher Kammerherr und Königlicher Major z. D., Inhaber des eisernen Kreuzes I. Klasse,

in seinem 58. Lebensjahre.

Verwandten und Freunden geben wir diese tiefschmerzliche Trauernachricht mit der Bitte um stille Teilnahme. 6292.1

Lichtenthal bei Baden-Baden, den 27. November 1897.

Stefanie von Porbeck, geb. Damböck.
Ludmilla von Stutterheim, geb. von Porbeck.
Hannah von Frankenberg u. Ludwigsdorf, geb. von Porbeck.
Freifrau Margarete von Seckendorff, geb. von Porbeck.
Max von Stutterheim.
Kurt von Frankenberg u. Ludwigsdorf, Premierleutnant im Kürassier-Regiment Nr. 8.
Freiherr Edwin von Seckendorff, Kaiserlich Deutscher Konsul.

Schwarzwaldverein

= Sektion Karlsruhe. =

Soeben ist erschienen **das Blatt VII Freiburg** der Karte des **Badischen Schwarzwaldvereins,** umfassend die Sektionsgebiete von Müllheim, Staufen, Todtnau, Hardheim, Ehrenstetten, Freiburg und Theile von Breisach, Eichstetten und Waldkirch.

Die Mitglieder der Sektion Karlsruhe erhalten dasselbe

zum ermässigten Preise von M. 1.50 aufgezogen

nur im Hauptgeschäft von Müller & Gräff, 80a Kaiserstrasse 80a,

nach Vorzeigen der Mitgliedkarte, welche abgestempelt wird, und gegen Bescheinigung.

Blatt I, Karlsruhe—Pforzheim, Blatt II, Baden—Achern, Blatt V, Kaiserstuhl—Emmendingen wird an diejenigen Mitglieder, welche diese Blätter nachweislich noch nicht bezogen haben, zu M. 2.50 ebendaselbst abgegeben.

Für Nichtmitglieder sind die Karten in den Geschäften von **Müller & Gräff** und allen andern Buchhandlungen zum Ladenpreise von M. 3.50 erhältlich. 6274.1

Der Vorstand.

50,000 Mark ist der Hauptgewinn

der **Weimar-Lotterie** werth.

Loose für **1** Mk., **11** Loose für **10** Mk. (Porte und Liste **25** Pfg.)

empfiehlt 6027.4.4

Generalagentur Carl Götz, Lederhandlung,

Hebelstrasse 15, Karlsruhe, a. Rathhaus.

Todesanzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten mache ich hiermit tieferschüttert die traurige Mittheilung, dass mein innigst geliebter Gatte, unser lieber Vater, Sohn, Bruder, Onkel und Schwager,

Herr Bürgermeister

Ernst Krautinger jung,

nach langem und schwerem Leiden im Alter von 43 1/2 Jahren heute Nacht verstorben ist.

Um stille Theilnahme bittet Namens der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Frau Marie Krautinger.

Badenweiler, den 28. November 1897.

Die Beerdigung findet am **Dienstag den 30. November 1897, Nachmittags 2 Uhr,** vom Trauerhause aus statt 6287.1

Tafel-Geflügel, geschlachtet und gerupft, **prima und gut.** Baier. **Gänse,** zart und fett M. —.65 p. Pfund, **Kapaune** 2.50 p. Stück. **Poularden** 1.70 p. Stück. **Brat- und Suppenhühner** 1.40 p. Stück. Schöne **Enten** 80 Pfg. p. Pfund. Prachtvolle **Indiane** (Puter), fett und zart 80 Pfg. p. Pfund. Schöne, zarte **Fasanen** 7.40 p. Paar. Schnepfen, Hasel- und Schneehühner, Rebhühner, Wildenten, Birk- und Auerhähne liefert billigst **H. Blum** in **Eichstätt,** Baiern. Spezialität: Kleinere **Wildschweine,** zart und wohlgenährt, 80 Pfg. p. Pfund ab **Eichstätt,** zarter **Braten** 1.30 und **Ragout** 70 Pfg. p. Pfund franco. Preise in Mark unter Nachnahme. Bei wenigstens 5 Kilo franko. Bei weniger unfrankirt. Preisliste franko. 5946 —.7

Pianino

Eichenholz gewichst, mit mächtiger Tonfülle, von Hardt-Stuttgart, äusserst solid gebaut, preiswerth abzugeben im Pianolager von **L. Hack, Karlsruhe, Café Grünwald,** 2 Treppen. 5907.5.5

Kein Laden, größter Umsatz, bescheidener Nutzen, daher billigste Preise!

Todesanzeige.

Gestern Abend ist unsere liebe gute Mutter,

Anna Fischer, geb. Höfler,

nach langer, schwerer Krankheit verschieden.

Uehlingen, den 27. November 1897.

Ernst Fischer,
z. Posthorn,
zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

6275.1

Hydraul.

eingetragene Marke.

Gesetzlich geschützt unter **Nr. 67478.**

Neuester selbstthätiger

Thürschliesser.

Fabrikant: Robert Bergner,
Leipzig, Königsstraße 5/7.
Man verlange Preislisten. 5997.5.5

Todesanzeige.

Tiefbetrübt machen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, dass unser lieber guter Gatte, Vater, Schwiegervater, Schwager und Onkel,

Matthäus Blüm,

Hauptlehrer,

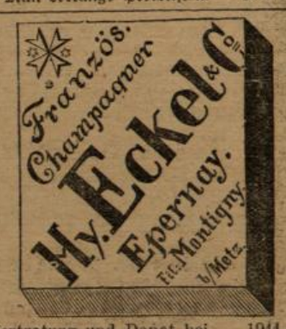
Inhaber der goldenen Verdienstmedaille und des Verdienstkreuzes vom Zähringer Löwen,

heute früh 1/2 6 Uhr nach kurzer Krankheit im Alter von 70 1/2 Jahren, versehen mit den Tröstungen unserer hl. Religion, sanft entschlafen ist. 6286.1

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Griesbach, den 28. November 1897.

Die Beerdigung findet Dienstag den 30. d. M., Vormittags 10 Uhr, in Petersthal statt.



Vertretung und Depot bei 1944—.
K. Reichenbach,
Durlacher Allee 42,
Karlsruhe.

Park-Hôtel

beim Hauptbahnhof,
verbunden mit 6114.13.3
Café und Wein-Restaurant.

Theilhaber gesucht.

Zur Erweiterung eines mit hohem Nutzen arbeitenden gewerbl. Etablissements, wird Theilhaber mit 10—15,000 Mark Einlage gesucht. Offerten unter **W. 3288** an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Karlsruhe.** 6177.3.3

Weltausstellung Chicago 1893 höchste Auszeichnung.

DER BESTE BUTTER-CAKES
H.C.F.
LEIBNIZ
HANNOVER
GESETZLICH GESCHÜTZT
Hannoversche Cakes-Fabrik
H. BAHLSEN.

Jeberall zu haben.

WAFFEL-SPECIALITÄT
H.C.F.
DESSERT
HANNOVER
Gesetzlich geschützt
Hannoversche Cakes-Fabrik
H. BAHLSEN.

Dessert-Waffel mit Original-Füllung. 6033.26.14

Direkt von Aachen!

weltberühmt durch seine im **Inlande** u. **Auslande prämiirten reellen Tuchwaaren,** versenden wir zu — **anerkannt** niedrigen Preisen — **Herren-Anzug-** u. **Paletotstoffe** — vom einfachsten bis zum elegantesten. Vorzügliche Musterauswahl **franco** an **Jedermann!** Zahllose **Empfehlungen** aus allen Kreisen beweisen unsere Reellität!

Monopol-Cheviot, uns. bekannte Specialität, kost 3 m schwarz, blau od. braun zu einem gedieg. Anzug **12 M.**

Garantie für **reine Wolle** und **echte Farbe.**
— Zahlreiche Empfehlungen. —
Wilkes & Cie., Tuchindustrie, Aachen Nr. 416. 4385.18.16

Wilh. Zeumer,

Kaiserstraße 127,

hält sein mit **allen Neuheiten reich ausgestattetes** Lager in 6263.1

Damen- u. Mädchen- { **Pelzbaretts** u. **Pelzmützen,** **aparte Formen,**

Herren-, Knaben- und Kinder- { **Pelzmützen,**

Herren- und Knaben- { **Pelzkragen**

angelegentlichst empfohlen.

Meine Magazine bieten die **denkbar größte Auswahl** in **jeder Preislage.**

Aeltestes und **weitaus grösstes Pianolager am Platze,** welches

Flügel, Pianinos

und ***Harmoniums*** von M. 80.— bis M. 5000.— der bedeutendsten Firmen des In- und Auslandes in einer Auswahl von thatsächlich über 100 sorgfältig gewählten Instrumenten auf Lager hält. 2255.52.32

Grösster Umsatz. Langjährige Garantie. Billigste Preise.

Ludwig Schweisgut, Grossh. Hoflieferant,
Karlsruhe, Herrenstrasse 31.

Umtausch gespielter Klaviere.

Bayerische Hypotheken- u. Wechselbank,

Feuerversicherung, Lebensversicherung, Rentenversicherung,

welch' letztere sich bei dem niedrigen Zinsfuß der **Staatspapiere** für **Rentner** und **Rentnerinnen** sehr empfiehlt. 6256.3.1

Die jährliche Rente beträgt für M. 1000.— Einzahlung:
im Alter von 50 Jahren M. 68.60 Pf
" " " 60 " " 91.20 "
" " " 70 " " 133.40 "

Abschlüsse vermittelt und ertheilt Auskunft der Vertreter

E. Dahlemann,
Ecke der Kaiser- und Herrenstr. 19.

SECT

MATHEUS MÜLLER gegr. 1838.
ELTVILLE a/Rh.

Zu beziehen durch die Weinhandlungen.

Hoflieferant Sr. Maj. d. Kaisers u. Königs, Ihr Maj. d. Könige v. Bayern, Sachsen u. Württemberg, Ihr. Kgl. Hoh. d. Grossherz. v. Baden u. Herzogs Carl Theodor i. Bayern.

4355.40.18

Weinbranche.

Tüchtiger, branchekundiger

Vertreter,

der Karlsruhe und Umgebung nachweislich mit Erfolg bereiste, gegen fixes Salair und Provision

gesucht.

Nur Inhaber guter Zeugnisse wollen sich melden in der Expedition d. Bl. unter Nr. 6252.2.2

Im Ausverkauf!

Cachemires,

schwarz und elfenbeinweiss,
Rabatt 20 Prozent.
Heinrich Cramer,
Kaiserstrasse 189.
5424.8.8

Uhrenfabrik UNION Glashütte i. S.
Feinste Präcisions-Taschen-Uhren und Chronometer.
Zu beziehen durch alle guten Uhrengeschäfte.
4471.15.9

Louis Lauer,

Großherzoglicher Hoflieferant,
Akademiestraße 12, Karlsruhe,
empfiehlt
Orangen und Mandarinen, Citronen, getrocknete Südfrüchte, Compots von allen Sorten in Gläsern und Dosen, **kandirte** und **glacirte Dessertfrüchte, Terrinen** von **Ls. Henry** in **Straßburg** 5710.9.5
Biscuits von Huntley & Palmers in London.

Büffetfräulein

wird zum baldigen Eintritt in ein Weinrestaurant gesucht. Solche, welche schon ähnliche Stelle bekleidet haben, werden bevorzugt. Offerten befördert die Expedition d. Bl. unter Nr. 6194.2.2

Druck und Verlag von Otto Reuß, Hirschstraße Nr. 9 in Karlsruhe